**Ordnung
zur Änderung der Prüfungsordnung
für den Masterstudiengang Wirtschaftswissenschaften
der Fakultät Wirtschaftswissenschaften
der Technischen Universität Dortmund
vom 8. Mai 2025**

Aufgrund des § 2 Absatz 4 in Verbindung mit § 64 Absatz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16. September 2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1222), hat die Technische Universität Dortmund die folgende Ordnung erlassen:

Artikel I

Die Prüfungsordnung für den Masterstudiengang Wirtschaftswissenschaften der Fakultät Wirtschaftswissenschaften der Technischen Universität Dortmund vom 13. Juli 2022 (AM 19/2022, Seite 36 ff.) wird wie folgt geändert:

1. **§ 1** (Geltungsbereich der Ordnung, Zweck der Prüfung und Ziel des Studiums, Zugangsvoraussetzungen) **Absatz 5** wird wie folgt geändert:
  - (5) ¹Zugangsvoraussetzung für das Masterstudium ist ein einschlägiger Bachelorgrad. ²Einschlägig ist ein Bachelorgrad, wenn er als Abschluss eines Studienganges mit Leistungen von mindestens einem Drittel (60 Leistungspunkten) in Betriebs- und / oder Volkswirtschaftslehre sowie von mindestens 50 Leistungspunkten in Volkswirtschaftslehre, Mathematik, Statistik und / oder Informatik verliehen wurde. ³Der erworbene Bachelor-Abschluss muss eine überdurchschnittliche Leistung (Gesamtnote mindestens „gut“ oder ECTS-Grad mindestens B) widerspiegeln; § 15 gilt entsprechend. ⁴In Ausnahmefällen kann auch ein erworbener Diplomgrad als Zugangsvoraussetzung anerkannt werden; die Sätze 2 und 3 gelten entsprechend.
2. **§ 4** (Prüfungen) **Absätze 6, 7 und 14** werden wie folgt geändert:
  - (6) ¹Jede Klausurarbeit ist von einer* einem Prüfenden gemäß § 15 Absatz 1 und 2 zu bewerten. ²Die Bewertung der Klausurarbeit wird den Kandidat*innen in der Regel spätestens vier Wochen nach dem Klausurtermin in geeigneter Weise bekannt gegeben, wobei die Anforderungen des Datenschutzes zu beachten sind. ³Der Prüfungsausschuss legt den Zeitraum fest, in dem die Prüfenden den Kandidat*innen und Kandidaten Einsicht in ihre Klausurarbeiten zu gewähren haben.
  - (7) Abweichend von Absatz 6 Satz 1 sind Prüfungsleistungen, mit denen ein Studiengang abgeschlossen wird, und Wiederholungsprüfungen, bei deren endgültigem Nichtbestehen keine Ausgleichsmöglichkeit vorgesehen ist, stets von zwei Prüfenden getrennt entsprechend § 15 Absatz 2 zu bewerten.
  - (14) ¹Die Pflicht zur regelmäßigen Anwesenheit kann bei Lehrveranstaltungen vorgesehen werden, deren Lernziel nicht ohne die aktive Beteiligung der

Studierenden erreicht werden kann. ²Bei der Regelung von Anwesenheitspflichten ist das verfassungsrechtliche Gebot der Verhältnismäßigkeit zu beachten. ³Über die Anwesenheitspflicht wird auf der Grundlage einer Zwei-Drittel Mehrheit des Fakultätsrates entschieden. ⁴Die Anwesenheitspflicht ist in der Modulbeschreibung im Modulhandbuch auszuweisen. ⁵Die genaue Ausgestaltung der Anwesenheitspflicht wird den Studierenden in geeigneter Form zu Beginn der Lehrveranstaltung bekannt gegeben.

3. **§ 5a** (Nachteilsausgleich und Mutterschutz) **Absatz 2** wird wie folgt geändert:
  - (2) Der Nachteilsausgleich wird auf Antrag an den Prüfungsausschuss einzelfallbezogen gewährt und ist in der Geschäftsstelle Prüfungsangelegenheiten einzureichen.
4. **§ 9** (Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß) **Absatz 3** wird wie folgt geändert:
  - (3) ¹Wird eine Prüfungsleistung durch Täuschung, (z. B. Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel, Übernahme von Textpassagen ohne Wiedergabe als Zitat, Abschreiben oder Abschreiben lassen bzw. andere Hilfeleistungen zu Täuschungsversuchen anderer etc.) beeinflusst, gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ²Dies gilt ebenfalls für den Versuch der Täuschung. ³Die Entscheidung, ob ein Täuschungsversuch oder eine Täuschungshandlung vorliegt, wird von dem*der jeweiligen Prüfer*in getroffen und aktenkundig gemacht. ⁴Wird während der Prüfung ein Täuschungsversuch oder eine Täuschung im Sinne von Satz 1 durch die*den Aufsichtsführende*n festgestellt, protokolliert diese*dieser den Täuschungsversuch oder die Täuschung. ⁵Der*Die jeweilige Prüfer*in entscheidet, ob die Prüfungsleistung mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet wird. ⁶Es gelten die Grundsätze des Anscheinsbeweises. Der strafrechtliche Grundsatz „in dubio pro reo“ findet keine Anwendung.⁷Ein*e Kandidat*in die*der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem*der jeweiligen Prüfer*in oder den Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfungsleistung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht ausreichend“ (5,0) bewertet. ⁸Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. ⁹In schwerwiegenden Fällen von Täuschung oder Störung kann der Prüfungsausschuss die*den Kandidat*in von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.
5. **§ 12** (Umfang und Art der Masterprüfung) **Absätze 2, 3, 4, 7 und 11** werden wie folgt geändert:

(2) ¹Innerhalb des Studienprofils „Business A: Accounting & Finance“ sind sechs Module aus den folgenden Fächern zu wählen:

1. Finance,
2. Internationale Rechnungslegung und Wirtschaftsprüfung,
3. Unternehmensbesteuerung,
4. Unternehmensrechnung und Controlling,

²Innerhalb des Studienprofils „Business A: Accounting & Finance“ sind das Modul „Ökonometrie“ sowie zwei Module aus den in den Absätzen 3 bis 5 genannten Fächern zu wählen.

(3) ¹Innerhalb des Studienprofils „Business B: Management & Organizations“ sind sechs Module aus den folgenden Fächern zu wählen:

1. Human Resource Management,
2. Internationale Wirtschaft,
3. Marketing,
4. Organizations and Management Trends,
5. Strategisches Management.

²Innerhalb des Studienprofils „Business B: Management & Organizations“ sind das Modul „Ökonometrie“ sowie zwei Module aus den in den Absätzen 2, 4 und 5 genannten Fächern zu wählen.

(4) ¹Innerhalb des Studienprofils „Business C: Digitalization & Entrepreneurship“ sind sechs Module aus den folgenden Fächern zu wählen:

1. Digitale Transformation,
2. Entrepreneurship,
3. Innovationsmanagement,
4. Operations Research,
5. Produktion und Logistik,
6. Technologiemanagement.

²Innerhalb des Studienprofils „Business C: Digitalization & Entrepreneurship“ sind das Modul „Ökonometrie“ sowie zwei Module aus den in den Absätzen 2, 3 und 5 genannten Fächern zu wählen.

(7) ¹Bei Wahl eines Studienprofils im Sinne der Absätze 2 bis 5 sind jeweils drei weitere Module aus den in den Absätzen 2 bis 5 genannten Fächern zu wählen. ²Davon können zwei Module durch das „Optionsmodul UA Ruhr“ ersetzt werden, welches 15 Leistungspunkte umfasst und auf das § 16 Absatz 1 Satz 3 keine Anwendung findet. ³Ein einziges der Module kann durch eine während eines Auslandsstudium bzw. an einer anderen Hochschule oder in einem anderen Studiengang erbrachte Leistung ersetzt werden („Flex-Modul“), sofern eine Anerkennung nach § 3 Absatz 1 der Anerkennungsordnung ausgeschlossen ist ⁴ § 6 Absatz 6 der Anerkennungsordnung bleibt unberührt. ⁵Der entsprechende Antrag ist über die Geschäftsstelle

Prüfungsangelegenheiten einzureichen. ⁶Es sind mindestens zwei Seminare erfolgreich zu absolvieren.

- (11) ¹Die zu einer Lehrveranstaltung oder einem Modul gehörende Prüfungsleistung kann im laufenden Semester bzw. zum Ende des Semesters erbracht werden, in dem die einem Modul zugeordnete Lehrveranstaltung angeboten wurde bzw. das Modul endet (Haupttermin Frühjahr oder Haupttermin Herbst). ²Diese Prüfungsleistung kann auch zum Beginn des unmittelbar darauffolgenden Semesters erbracht werden (Nachtermin Frühjahr oder Nachtermin Herbst).

6. **§ 22 (Veröffentlichung, Inkrafttreten und Anwendungsbereich) Absätze 1, 3 und 4** werden wie folgt geändert:

- (1) Diese Prüfungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität Dortmund veröffentlicht und tritt mit Wirkung zum 1. Oktober 2025 in Kraft.
- (3) Auf Studierende, die bereits vor dem Wintersemester 2025/26 in den Masterstudiengang Wirtschaftswissenschaften an der Technischen Universität Dortmund eingeschrieben worden sind, findet diese Prüfungsordnung unter folgender Maßgabe ebenfalls Anwendung: Prüfungsleistungen und Fehlversuche, die nach einer vorherigen Version dieser Prüfungsordnung oder nach der am 12. Juli 2017 bekannt gemachten Prüfungsordnung (AM Nr. 11/2017, S. 38 ff.), zuletzt geändert am 15. Dezember 2020 (AM Nr. 30/2020, S. 9 ff.), erbracht worden sind, werden in der erbrachten Form anerkannt oder werden anstelle der nach dieser Prüfungsordnung zu erbringenden Prüfungsleistungen übernommen. § 22 Absatz 1 und 2 der am 12. Juli 2017 bekannt gemachten Prüfungsordnung gilt entsprechend. In besonderen Härtefällen entscheidet im Einzelfall der zuständige Prüfungsausschuss.
- (4) Für Studienbewerberinnen oder Studienbewerber, die ihren Bachelorgrad nach der am 12. Juli 2017 (AM Nr. 11/2017, S. 3 ff.) bekannt gemachten Prüfungsordnung, zuletzt geändert durch Änderungsordnung vom 15. Dezember 2020 (AM Nr. 30/2020, S. 1 ff.), erworben haben und auf Grund des Wegfalls der soziologischen Pflichtveranstaltungen nicht mindestens 50 Leistungspunkte im Sinne des § 1 Absatz 5 Satz 2 erreichen konnten, gilt der erworbene Bachelor-Grad als einschlägig im Sinne des § 1 Absatz 5 Satz 2.

Artikel II

Diese Änderungsordnung wird in den Amtlichen Mitteilungen der Technischen Universität veröffentlicht und tritt zum 1. Oktober 2025 in Kraft.

Hinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 12 Absatz 5 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG NRW) eine Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder

4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden.

Ausgefertigt aufgrund der Beschlüsse des Fakultätsrates der Fakultät Wirtschaftswissenschaften vom 30. April 2025 sowie des Rektorats der Technischen Universität Dortmund vom 2. April 2025.

Dortmund, den 8. Mai 2025

Der Rektor
der Technischen Universität Dortmund

Professor Dr. Manfred Bayer